

Resolution

til/zum:

Landesverband

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (0461) 144 08 310
Fax (0461) 144 08 313
info@ssw.de

Dagsordenspunkt/TOP 12: Resolutionen

Schleswig/Slesvig, 07.10.2023

Der SSW fordert, dass Bund und Land die Kommunen im Land besser unterstützen bei der Unterbringung und Integration von Geflüchteten

Die Delegierten des SSW-Landesparteitages beschließen:

1. Das Land muss sofort noch mehr Landesunterkünfte zur Unterbringung von Geflüchteten schaffen, weil viele schleswig-holsteinische Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten an ihre Grenzen kommen, kaum noch über ausreichend Wohnraum verfügen und weder ausreichend Kitaplätze, noch ausreichend Sprach- und Integrationskurse anbieten können.
2. Der Bund und das Land müssen viel mehr finanzielle und personelle Mittel für die Kommunen in Schleswig-Holstein bereitstellen, damit sie den aktuellen und kommenden Fluchtbewegungen in Form von menschenwürdiger Unterbringung und Betreuung begegnen können.
3. Der Bund muss sich auf europäischer Ebene energischer für eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge zwischen den EU-Staaten einsetzen.
4. Der Bund muss gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft viel mehr tun, um Fluchtursachen wie Krieg und Gewalt, Menschenrechtsverletzungen, Hunger und Folgen des Klimawandels zu bekämpfen.
5. Die Bundesregierung muss Kooperationen mit den Herkunftsstaaten ausbauen, um die freiwillige Rückkehr verstärkt umsetzen zu können.

Begründung:

Der Anstieg der Geflüchteten, die in diesem Jahr nach Deutschland kommen, steigt dramatisch und nähert sich der Situation von 2015. In 2022 hat Deutschland ebenfalls über 1 Million Schutzsuchende aus der Ukraine aufgenommen.

Auch in Schleswig-Holstein spüren die Kommunen und die Bevölkerung die Auswirkungen. Es wird zunehmend schwerer, genügend Unterkünfte in den Kommunen für die Flüchtlinge zu finden. Dazu gibt es in vielen schleswig-holsteinischen Kommunen nicht ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen um die notwendige Integration der Geflüchteten in unsere Gesellschaft zu gewährleisten. Dies ist aber notwendig um sie ordentlich und humanitär zu behandeln. Der „Brandbrief“ der Oberbürgermeister:innen und Landrät:innen an die Landesregierung von Ende September zeigt das Ausmaß der Herausforderungen vor der wir auch in Schleswig-Holstein stehen. Eine humane Flüchtlingspolitik, die von der Bevölkerung unterstützt wird, benötigt dringend ausreichend Ressourcen auf allen Ebenen.

Daher müssen Bund und Land dringend handeln – auch gemeinsam mit unseren europäischen Partnern - um die neue Flüchtlingskrise zu bewältigen.

**Der SSW-Landesvorstand,
Schleswig, den 07.10.2023**